

FDP Wetterau

FDP BLEIBT BEI NEIN ZU KAUF DES EHEMALIGEN OBI-MARKTES

30.11.2022

Hahn: „Wir haben mehrfach auf den schlechten baulichen Zustand des ehemaligen Obi-Marktes hingewiesen“

Wie unterstützt der Wetteraukreis „Aktion Hessen hilft“ - Noch mehr Flüchtlinge nach Büdingen?

Die FDP-Kreistagsfraktion erneuert die Kritik am Kauf des ehemaligen Obi-Baumarktes in Büdingen. Die schwarz-rote Kreistagsmehrheit um Landrat Jan Weckler (CDU) plant den Erwerb des ehemaligen Baumarktes, um dort eine multifunktionale Liegenschaft für den Zivil- und Katastrophenschutz des Kreises einzurichten.

Derzeit wird das Gebäude durch die Hilfsorganisation „Aktion Hessen hilft“ teilweise als Lager genutzt. „Hessen hilft“ führt Hilfsprojekte in Krisen-, Kriegs- und Katastrophengebieten durch, derzeit liegt der Fokus der Arbeit in der Unterstützung des vom verheerenden Hochwasser betroffenen Ahrtals und der Kriegsgebiete in der Ukraine. Im Büdinger Zwischenlager werden Spenden gesammelt, gebündelt und von dort aus in die Krisengebiete gebracht.

Weite Teile des Gebäudes sind offensichtlich baufällig, so dringt immer wieder Wasser in die Halle ein. „Wir können dem Kauf des Gebäudes derzeit nicht zustimmen, auch wenn Landrat Weckler mit der Mehrheit aus CDU und SPD den Kauf erzwingen will. Wir haben mehrfach auf den schlechten baulichen Zustand des ehemaligen Obi-Marktes hingewiesen“, mahnt auch Andrea Rahn-Farr, FDP Kreistagsabgeordnete und Büdinger Stadtverordnete. Bevor die Liberalen dem Kauf der Liegenschaft zustimmen können, erwarten sie ein fachliches Gutachten zum aktuellen Zustand des Gebäudes. „Der Landrat plant, die Katze im Sack zu kaufen. So geht man nicht mit den Haushaltsmitteln“**,** kritisiert die erfahrene liberale Parlamentarierin.

Zudem erwartet die FDP-Fraktion, dass der Kreis mit der Hilfsorganisation ins Gespräch kommt und Lösungen für eine etwaige Weiternutzung von Teilen der Lagerhalle durch „Aktion Hessen hilft“ erzielt. „Es kann nicht sein, dass man über den Köpfen von Ehrenamtlichen entscheidet und diese in den Entscheidungsprozess nicht einbindet. Deshalb fordern wir die Kreisspitze um Landrat Weckler auf, endlich mit der Hilfsorganisation verbindlich in Kontakt zu treten“, so Hahn abschließend. Gemeinsam mit der Hilfsorganisation habe man sich im vergangenen Herbst vor Ort einen Eindruck über den aktuellen Bauzustand geschaffen.

Letztendlich irritiert die Freien Demokraten die Formulierung, auch die Funktion als Notunterkunft beispielsweise im Zusammenhang mit entsprechenden Einsatzbefehlen des Landes könne nicht vollständig ausgeschlossen werden. Dies könnte natürlich bedeuten, dass zusätzlich erhebliche Flüchtlinge nach Büdingen verlegt werden könnten. „Das widerspricht jeder Zusage des Landes Hessen und des Wetteraukreises in Zusammenhang mit der Einrichtung des Aufnahmelaegers in Büdingen“, erinnern Andrea Rahn-Farr und Jörg-Uwe Hahn.